

Bis zur extremen Rechten

Verfassungsschutz im Tiefschlaf - Gefahr durch „Reichsbürgerbewegung“ unterschätzt

Die Berichterstattung des Thüringer Verfassungsschutzes zum Phänomen der „Reichsbürger“ mutet angesichts der Antwort des Innenministeriums auf die Kleine Anfrage von MdL Katharina König außerordentlich dürr an. Dazu die Sprecherin für Antifaschismus der Linksfraktion weiter:

Seit Jahren berichtet der Inlandsgeheimdienst nur über eine einzelne Gruppierung in Thüringen, die der Auffassung sei, dass das Deutsche Reich in den Grenzen von 1937 fortbestehe und die gelegentlich Treffen mit ca. 40 Personen an einem Ort nahe Eisenach organisierte. Nach Angaben des Innenministeriums wurden den Behörden jedoch über ein Dutzend Namen verschiedener solcher Gruppierungen in Thüringen bekannt, 90 bis 140 Personen würden dem hiesigen „Reichsbürger“-Spektrum zugeordnet.

Einige haben Schusswaffen

In den letzten zweieinhalb Jahren hat es in Thüringen knapp 25 Veranstaltungen gegeben und fast 80 Straftaten seien den „Reichsbürgern“ vorgeworfen worden. Einige besitzen Schusswaffen, andere gaben sich mit Ausweisen und Uniformteilen als Polizeibeamte aus. Bei den 'Reichsbürgern' handelt es sich nicht nur um bedeutungslose Spinner, die die Existenz der Bundesrepublik Deutschland verleugnen. Ideologische Verbindungen zur extrem

rechten Szene und deren revisionistischem Weltbild sowie Verstöße gegen das Waffengesetz, Urkundenfälschungen, Nötigungen, Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte und Körperverletzungen machen die von diesem Spektrum ausgehende Gefahr deutlich.

Die „Reichsbürger“ erkennen das deutsche Rechtssystem nicht an und nennen sich z.B. „Republik Freies Deutschland“ oder „Exilregierung Deutsches Reich“, vergeben Pseudämter, wie „Reichsminister“ und „Reichskanzler“, und verteilen Phantasiestempel wie „Reichsausweise“.

Drei kleine Absätze im Verfassungsschutzbericht

Einige treten mit bürgerwehähnlichem Charakter auf, so die Gruppierung „DPHW“ (Deutsches Polizeihilfswerk), die auch mit Veranstaltungen in Eisenberg, Altenburg und im Landkreis Saalfeld-Rudolstadt auffällig wurde. Im letzten Jahr kam es zu Übergriffen auf Gerichtsvollzieher in Thüringen, schwerpunktmäßig betroffen die Städte Weimar und Sonneberg.

Diese Gruppierungen suggerieren den Bürgern, dass sie sich nicht der Gerichtsbarkeit unterwerfen und z.T. keine Steuern zahlen müssten. Sie treten als Hilfgemeinschaften für angebliche Justizopfer auf, auch um einen gesellschaftlichen Resonanzboden für extrem rechtes Gedankengut zu schaffen. Einige der „Reichsbürger“-Veran-

staltungen in Thüringen wurden auch vom bundesweit aktiven Neonazi Meinolf Schönborn organisiert, der bei der mittlerweile verbotenen „Nationalistischen Front“ (NF) für Thüringen Generalsekretär war. „Während der Thüringer Verfassungsschutz in seinem letzten Jahresbericht den ‚Reichsbürgern‘ nur drei kleine Absätze widmete, wussten seine Schwesterbehörden in anderen Bundesländern, wie z.B. Brandenburg, mehr zu berichten,“.

Vertreter der „DPHW“ in Thüringen sind auch mit blauen Overall samt „Deutsche Polizei“-Aufdruck und entsprechenden illegalen Polizei-Ausweisen aufgetreten, um eine Nähe zur Polizei zu suggerieren bzw. sich das Amt anzumaßen. Nach ähnlichen Aktionen in Sachsen wurde im Februar 2013 eine Razzia gegen die Gruppierung durchgeführt und wegen des Verdachts auf Bildung einer kriminellen Vereinigung ermittelt.

Entwaffnung bzw. Zuverlässigkeitsprüfung notwendig

Auch im Bereich Saalfeld kam es im letzten Jahr mehrfach zu Polizeieinsätzen wegen Hausfriedensbrüchen im Zusammenhang mit „Reichsbürgern“. 22 Anhänger hatten vor einer angekündigten Zwangsversteigerung im August ein Gelände belagert und mussten von der Polizei erst verwiesen werden. Später hatte ein bekannter Neonazi versucht, das Gelände zu kaufen.

Bereits im Juni 2012 wurde dort im Rahmen einer Zwangsvollstreckung auf dem Gelände, über deren Eingang eine schwarz-weiß-rote „Reichsfahne“ wehte, eine Makarov-Schusswaffe sichergestellt.

Die Landesregierung bestätigte nun: Von den „Reichsbürgern“, die in Thüringen aktiv sind, verfügen neun über eine Waffenbesitzkarte und acht auch über entsprechende Schusswaffen. „Der Thüringer Verfassungsschutz hat hier sowohl das Personen- als auch das Gefährdungspotential verpennt“, resümiert Katharina König.

Von den Sicherheitsbehörden erwartete sie eine Entwaffnung, mindestens jedoch eine Zuverlässigkeitsüberprüfung der registrierten Thüringer „Reichsbürger“ mit Waffenbesitz. ■

DAS LETZTE ...

von **Stefan Wogawa**

„St. Blasii“ auf Blindflug

Die Linksfraktion hat die Große Anfrage „20 Jahre Bischofferode“ an die Landesregierung gerichtet. Der Arbeitskampf der Kalikumpel bewegt noch heute, die Anfrage thematisiert auch in die Gegenwart reichende Nachwirkungen. Für aktuelle Brisanz sorgt der bis heute geheime Kali-Fusionsvertrag.

Das Interesse ist entsprechend groß. An der Diskussion des Entwurfs der Anfrage vor Ort nahm die Öffentlichkeit teil – von ehemaligen Kalikumpeln bis zum CDU-Landrat. In den sozialen Netzwerken reichte die positive Resonanz bis nach Italien. Mit einer Ausnahme. Ein Twitterer aus Zella-Mehlis pöbelte: „Die Linken in Thüringen leben halt immer noch in der Vergangenheit, merkt man an allen Politikfeldern.“

Die Unbedarftheit des sich bei Twitter „St. Blasii“ nennenden Herrn ist gruselig. Der Kali-Staatsvertrag enthält Finanzierungsvereinbarungen, wegen denen auf Thüringen eine Kostenlawine von 300 Millionen Euro allein durch Sicherungsarbeiten im Kali-Revier an der Werra zurollt, wie Bodo Ramelow jüngst mit Hinweis auf weitere Aktivitäten der LINKEN betonte.

Doch Twitter-„St. Blasii“ aus Zella-Mehlis – ein ortsansässiger Unternehmer mit bunter Vita – ficht das nicht an. Das Ende von Simson Suhl sei „zu Recht“ erfolgt und ohne Hungerstreik, legte er nach. Ostdeutsche Konkurrenz – die der Kali-Vertrag brutal plattmachte (Bernhard Vogel: „kalte Fratze des Kapitalismus“) – habe es ja wegen SED-Miswirtschaft gar nicht gegeben...

Sollte „St. Blasii“ solcherart Weisheiten in Bischofferode kundtun, ist ihm die Mitnahme eines Grubenhelms anzuraten. Der heilige Blasius ist übrigens katholischer Nothelfer. Mit Martin Luther möchte man in Richtung seines Zella-Mehliker Namensvetters eher auf gut evangelisch helfend ausrufen: „Herr, wirf Hirn vom Himmel!“ ■

Kosten erstatten für Hochwassereinsätze

Die Linksfraktion fordert die Landesregierung auf, ihre Position zur Erstattung der Kosten für Hochwassereinsätze von Thüringer Kommunen in anderen Bundesländern zu korrigieren, so MdL Frank Kuschel. Dabei handelt es sich insbesondere um Hilfeinsätze von Feuerwehren aus Thüringen. Im Regelfall geht es um die Erstattung von Kraftstoff- und Verpflegungskosten. Laut Innenministerium bekommen Kommunen die Kosten von Hochwassereinsätzen in anderen Bundesländern nur dann erstattet, wenn diese vom Ministerium angeordnet oder genehmigt wurden, nicht wenn einzelne Gemeinden von sich aus Hilfe geleistet haben. „Gerade in Katastrophensituationen ist schnelles und unbürokratisches Handeln notwendig. Es kann nicht sein, dass Gemeinden, welche beispielsweise Partnergemeinden in Sachsen-Anhalt unterstützt haben, jetzt für ihre spontane Solidarität bestraft werden.“ Der Abgeordnete befürchtet, dass sonst die Bereitschaft für Hilfeinsätze deutlich sinkt. Deshalb müsse im Einzelfall auf Antrag der Gemeinden eine einvernehmliche Lösung gefunden werden. Die LINKE werde nach der Sommerpause das Thema auf die Tagesordnung des Innenausschusses setzen. ■

Flächenversiegelung wirksam stoppen

Als eine „leere Ankündigung“ bezeichnet Tilo Kummer, Sprecher für Umweltpolitik der Linksfraktion, die Pläne des Umweltministeriums, wie künftig weniger Landschaft betoniert und zugebaut wird. Seit Jahren verspreche die Landesregierung, den Flächenverbrauch reduzieren zu wollen. Die LINKE verweist auf einen Gesetzesentwurf, den sie in den Landtag eingebracht hatte. Danach hätte jede Neuversiegelung verpflichtend mit einer gleich großen Entsiegelung ausgeglichen werden müssen. „Diese Initiative fand wegen der fadenscheinigen Begründung, Thüringen hätte nicht die Kompetenz, eine solche Regelung zu treffen, keine Mehrheit. Regelungen anderer Bundesländer zu naturschutzfachlichen Eingriffen haben das allerdings zwischenzeitlich widerlegt.“

Der Abgeordnete betont, dass das Bauen am Ortsrand nicht das Hauptproblem sei. „Immer wieder neue Infrastrukturmaßnahmen und die Großflächeninitiative des Wirtschaftsministeriums müssen ebenfalls in die Betrachtungen einfließen.“ Kummer fordert die Landesregierung auf, in der angekündigten Novelle des Naturschutzgesetzes endlich Fakten zu schaffen, um die anhaltende Neuversiegelung gesetzlich zu untersagen. ■

IMPRESSUM

Der LINKE PARLAMENTSREPORT erscheint auf den Seiten 5 bis 10 in **UNSERE NEUE ZEITUNG**.

Herausgeber:

DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt.

Redaktion:

Annette Rudolph (V.i.S.d.P.), Stefan Wogawa
Telefon: 0361 - 377 2293; Fax: 0361 - 377 2321
E-Mail: rudolph@die-linke-thl.de
Internet: www.die-linke-thl.de

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des PARLAMENTSREPORTS keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht.